Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 6

Artikel: Geburtenbeschränkung und Sozialismus
Autor: Müller, Arnold
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-329665

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bedürfnissen der Gesamtheit und den Feststellungen der Wissenschaft über die Alkoholfrage den Alkoholverbrauch und den Alkoholismus zurückdrängt.

Auch für die Gegenwartsarbeit von Partei und Gewerkschaften können wir aus den schwedischen Erfahrungen lernen. Bei der Neuordnung des Alkoholmonopols muß alles auf das entschiedenste bekämpft werden, was die private Brennerei zu festigen vermag. Weil antikapitalistische Politik vorerst in den Kantonen und größern Gemeinden leichter zu verwirklichen ist als im Bunde, muß

die Branntweininitiative

mit aller Kraft unterstützt werden. Diese Initiative macht, ohne dadurch das eidgenössische Monopol zu beeinträchtigen, den Branntwein und das Branntweinkapital sozusagen vogelfrei und ermöglicht es beispielsweise einer mehrheitlich sozialdemokratischen Gemeinde, den Branntweinausschank nach sozialistischen Grundsätzen zu regeln.

Abgesehen von diesen gerade zur Diskussion stehenden Gesetzesvorlagen werden Partei und Gewerkschaften alles tun müssen, um die Ueberzeugung von der Schädlichkeit des privaten Alkoholgewerbes zu verbreiten. Auch die Aufklärung über den Alkohol selbst muß gefördert werden, so wie es in Schweden seit langem geschieht, wo schon das erste gewerkschaftliche Programm vom Jahre 1882 „Förderung der Nüchternheitsbestrebungen in jeder Beziehung" verlangte. Dazu gehört wegen des immer noch mächtigen Alkoholaberglaubens besonders die Unterstützung des Arbeitersportes und der organisierten Nüchternheitsbewegung, also des Sozialistischen Abstinentenbundes, wie es der Aarauer Parteitag empfiehlt. Auch damit ziehen wir die Lehre aus den Erfahrungen anderer Länder, insbesondere Schwedens, die Genosse Dr. Wlassak (Wien) in das Wort zusammengefaßt hat: „Jedes Volk hat die Antialkoholgesetzgebung, die dem Stand seiner organisierten Antialkoholbewegung entspricht."

Geburtenbeschränkung und Sozialismus.

Von Arnold Müller, Luzern.

Mit der Ratifikation des Washingtoner Abkommens betreffend die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft und mit dem Inkrafttreten der vom Deutschen Reichstag angenommenen diesbezüglichen Gesetze hat ein großes Kulturland einen bedeutungsvollen sozialen Schritt nach vorwärts getan auf dem Wege der Bekämpfung des Geburtenrückganges. Die zunehmende Tendenz zur Verringerung der Geburten auch nach Beendigung des Weltkrieges ruft heute wiederum in bürgerlicher Literatur und Presse einer lebhaften Diskussion und führt neuerdings auch in der Schweiz zu gesetzgeberischer Arbeit im Sinne vermehrten Schutzes des keimenden Lebens.

Die Beweggründe der Bourgeoisie, die Förderung der Volksvermehrung anzustreben, sind geleitet vom Wunsche, die nationale Uebermacht zu steigern, dem Militarismus und somit dem Imperialismus zu dienen, wie anderseits durch ein Ueberangebot an Arbeitskräften den Preis der Arbeit, das Lohnniveau, zu senken.

So ist es interessant, den wachsenden Widerspruch gegen den Malthusianismus festzustellen in jenen bürgerlichen Kreisen, aus denen sich eine nicht geringe Zahl der eifrigsten Verfechter malthusianistischer Theorien rekrutierte. Und was nach 1798, nach dem Erscheinen der Malthusschen Bevölkerungslehre, für jede bevölkerungspolitische Arbeit als grundlegend betrachtet wurde, ist heute endgültig überlebt und von der modernen Wissenschaft als vollkommen falsche Rechnung erwiesen.

Es ist nicht unsere Absicht, uns an dieser Stelle in längern Ausführungen mit dem Malthusianismus auseinanderzusetzen. Friedrich Engels hat schon 1844 in einer besonderen Schrift zur Malthusschen Bevölkerungslehre Stellung genommen und sie mit scharfen Worten kritisiert und verurteilt. Des weitern haben Karl Marx, Fourrier, Proudhon, Bebel, am ausführlichsten und tiefgründigsten aber wohl Karl Kautsky in seinem Werk „Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft", sich mit Malthus auseinandergesetzt.

Wir möchten vielmehr nachdrücklich darauf hinweisen, daß die geschichtliche Entwicklung die Theorie Malthus' widerlegt, wogegen sich diejenige der Sozialwissenschafter bewahrheitet hat. Daraus resultiert die zwingende Notwendigkeit, dem heute noch die Denk- und Handlungsweise weiter sozialistischer Kreise, bewußt oder unbewußt, beeinflussenden Geist des Malthusianismus oder vielmehr des Neo-Malthusianismus, wie er namentlich auch von Dr. Brupbacher in Zürich propagiert worden ist, bestimmt entgegenzutreten.

Malthus bemühte sich, ein Mißverhältnis festzustellen und zu beweisen, das sich ergebe zwischen der Tendenz der Bevölkerungszunahme und der Ausdehnungsmöglichkeit des Nahrungsspielraumes. Als zwangsläufige Folge dieses Entwicklungsganges stellt er das soziale Elend seiner Zeit dar und vertritt die Forderung, die Zahl der Geburten bewußt und systematisch zu verringern durch Enthaltsamkeit und Beschränkung.

Nach seinen Berechnungen tendiert jedes Volk dahin, sich in 25 Jahren zu verdoppeln, womit die Steigerung des Bodenertrages in keiner Weise Schritt halte. Nach der Malthusschen Theorie müßte sich das Verhältnis zwischen Nahrungsspielraum und Bevölkerung folgendermaßen (angenommen bei einer Bevölkerungszahl von 10 Millionen) gestalten:

	Nahrungsmittel für	Bevölkerung
1. Jahr	10	10
25. „	20	20
50. „	30	40
75. „	40	80
100. „	50	160

„Die Bevölkerung hat also beständig die Tendenz, sich über die Unterhaltsmittel hinaus zu vermehren."

Von Grund auf verändert aber hat sich das Bild durch die Entwicklung der Wissenschaft und Technik, wodurch die Oekonomie der Erde auf eine unvorhergesehene, veränderte Basis gestellt worden ist. Wir sind dem Zeitpunkte nicht mehr fern, wo die Erde statt 2,5 Milliarden Menschen, wie Malthus annimmt, deren 200 Milliarden Raum und Nahrung bietet.

Die soziale Not, die ungerechte Güterverteilung aber wurzeln nicht in der Uebervölkerung, sondern im kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem. Die Bevölkerung vermehrt sich nicht über die Unterhaltsmittel, wohl aber wachsen die Unterhaltsmittel über die Bevölkerungszahl hinaus. Das heißt die mangelnde Kaufkraft der Masse Konsumenten verunmöglicht den fließenden Absatz der Produktion.

Dieses Moment hat der moderne Kapitalismus erfaßt. Er schreitet, um ein Sinken der Produktionspreise in der Folge von Ueberproduktion und unterbietender Konkurrenz zu verhindern, zur Rationalisierung und Kontingentierung der Erzeugnisse. Er gründet weltumspannende Trusts auf industriellem wie auch landwirtschaftlichem Gebiete. Dadurch sichert er sich Riesengewinne, auf deren Kosten aber die Arbeitszeit bedeutend verkürzt und Millionen von Arbeitern mehr beschäftigt werden könnten. Der Kapitalismus aber schafft sich statt dessen eine ständige arbeitslose Reservearmee, um damit auf den Preis der „Arbeitsware" zu drücken.

Diese Tatsachen jedoch werden von den breiten Massen des Proletariats noch vielfach verkannt. Statt an der radikalen Umgestaltung der Profitwirtschaft in eine Bedarfswirtschaft mitzuarbeiten, versteift man sich auf die verkehrte Taktik der größtmöglichen Geburtenbeschränkung und glaubt irrtümlicherweise, dadurch den Kapitalismus überwinden zu können.

Die Tatsache des Geburtenrückganges.

Wenn wir zunächst einen Blick werfen auf die Bevölkerungsstatistik der Schweiz, so müssen wir trotz Abnahme der Kindersterblichkeit und Totgeburten eine stetige Verringerung des Geburtenüberschusses feststellen. Von 94,316 Lebendgeborenen (Geburtenüberschuß: 30,710) im Jahre 1900 weist die Statistik folgenden Rückgang auf:

	Lebendgeborene	Geburtenüberschuß
1905	94,653	32,710
1910	93,514	37,016
1915	75,545	24,021
1920	81,190	25,198
1921	80,808	31,290
1922	76,290	25,998
1923	75,551	29,588
1924	73,508	24,521
1925	72,570	24,659

Einzig die ersten Jahre nach Kriegsschluß brachten ein kurzes Anwachsen der Zahl der Geburten, um schon 1921 wieder dem Rückgang zu weichen, der heute gegenüber 1921 in den meisten Kantonen (auch in den katholischen!) durchschnittlich zehn Prozent beträgt.

Schon 1925 mahnt die bürgerliche Zürcher Presse zum Aufsehen und ruft zum Kampfe auf gegen „französische Zustände", die sich auch hierzulande einzubürgern drohen; denn die 200,000 Einwohner der Stadt Zürich gebären jetzt im Jahr nicht mehr Kinder denn 100,000 Einwohner vor 20 Jahren. Vom Jahre 1900 bis 1920 sank daselbst die Zahl der Lebendgeborenen auf 1000 Einwohner von 32,8 auf 13,5! Und der Mahnruf gipfelte in der Prophezeiung, das weitere Versiegen dieses Jungbrunnens führe die Stadt Zürich dem Schicksal der untergegangenen antiken Städte entgegen. Kürzlich trat auch die „Gazette de Lausanne" ganz entschieden der irrtümlichen Auffassung entgegen, daß die Schweiz übervölkert sei, was in der großen Abwanderung zum Ausdruck komme, und daß daher eine Geburtenbeschränkung am Platze sei. Das Blatt weist darauf hin, daß von 1889 bis 1910 den 104,915 Auswanderern 258,276 Einwanderer gegenüberstanden. Es ist also nicht in der Uebervölkerung der zwingende Grund der Auswanderung zu suchen.

Aber nicht nur in der Schweiz, sondern in fast sämtlichen Kulturländern bewegen sich die Geburtenziffern in absteigender Linie. Wir lassen hier zur Veranschaulichung des Rückganges der Geburtenhäufigkeit in den bedeutendsten Staaten Europas einige Ziffern nach neuesten amtlichen Angaben folgen:

Anzahl Geburten auf 1000 Einwohner:

Jahr	Deutschland	England	Frankreich	Schweden	Italien	Oesterreich
1850	36,1	32,6	27,4	31,1	37,1	38,7
1900	36,2	29,9	22,2	27,2	34,9	37,2
1910	33,0	27,2	20,6	25,8	32,7	34,7
1922	23,6	20,6	19,4	19,6	30,4	22,8

Suchen wir die Ursachen dieser bevölkerungspolitischen Degeneration zu erforschen, so stoßen wir vorerst (neben Hemmungen durch Kindersterblichkeit, Totgeburten, Krieg, wirtschaftlicher Bedrängnis usw.) auf den weitverbreiteten, aus materieller Denkweise hervorgegangenen Neo-Malthusianismus.

Malthus vermochte wohl seinen Zeitgenossen die zwingende Notwendigkeit der Geburtenbeschränkung plausibel zu machen, nicht aber im größten Maßstabe wirksame Mittel und Wege zur Erreichung dieses Zieles anzugeben. Die zölibatäre Einschränkung, d. h. die Vermeidung ehelichen Lebens und ehelicher Fruchtbarkeit hatte nicht die sexuelle Enthaltsamkeit zur Folge, wohl aber ungeheure Verbreitung der Prostitution und der Geschlechtskrankheiten, und drohte das häuslich-sittliche Leben, die „staatserhaltende" Familie, sowie jede natürliche Ethik in sexuellen Dingen zu ruinieren. Diese Erkenntnis veranlaßte denn auch im Jahre 1822 den englischen Philanthropen und Sozialisten Robert Owen, auf die Möglichkeit der Verwendung physischer Beschränkungsmittel (Verhütung der

Konzeption) hinzuweisen. Diese Ideen wurden alsbald von weiten Kreisen aufgegriffen und von eigens zu diesem Zwecke gebildeten Organisationen gefördert und verbreitet. Es entstand der sogenannte Neo-Malthusianismus, der, im Gegensatz zur Forderung der Enthaltsamkeit, durch präventiven geschlechtlichen Verkehr der Uebervölkerung steuern will. Diese Bewegung hat sich bis heute erhalten und die Anwendung präventiver Mittel ist zu einem der wichtigsten, in der Bevölkerungsbewegung mitbestimmenden Faktor geworden. Diese Ideen sind auch in überwiegend katholische Gegenden eingedrungen, trotz flammender Proteste klerikaler Kreise und katholischer Frauenvereine gegen die „Verletzung der Naturordnung". Denn die Geburten sind z. B. auch in Luzern von 297 in den Jahren 1871—1880 auf 196 in den Jahren 1911—1920 (auf 1000 Einwohner), in Uri von 334 auf 252, in Freiburg von 305 auf 254 zurückgegangen. (Wobei selbstredend auch andere Faktoren einwirkten.)

Als weitere Ursache wird die physische Unfruchtbarkeit durch Degeneration des Keimplasmas geltend gemacht, ist jedoch nicht nachgewiesen und hat wenig Wahrscheinlichkeit. Viel mehr dagegen konnte die ungeheure Vernichtung junger, zeugungskräftiger Männer durch den großen Völkermord, die Verwendung der Frau zur industriellen Arbeit und Entfremdung von ihrer natürlichen Bestimmung (worum sich der Klerus wenig kümmert) dazu beigetragen haben, die Zahl der gesunden und fruchtbaren Ehen zu vermindern.

Anderseits hat die militaristisch-imperialistische Propaganda für wahllose Erzeugung massenhaften Kanonenfutters innerhalb der untern, bedrängten und verbitterten Bevölkerungsschichten zur passiven Resistenz, zu einer Art Gebärstreik, geführt, der sich zweifelsohne fühlbar auswirkt (wie auch die entgegengesetzten verzweifelten Bemühungen des Imperialisten Mussolini beweisen), aber in seinen rückwirkenden Begleiterscheinungen den Proletarier selbst wieder trifft. Nicht geringe Bedeutung kommt ferner der zunehmenden Häufigkeit der Schwangerschaftsunterbrechung zu. Der eigentliche Beweggrund zur Zeugungsverminderung liegt aber in der veränderten Psyche des modernen Menschen, der weit höhere Anforderungen an das Leben stellt, als das früher der Fall war. Der „Nahrungsspielraum" des einzelnen ist wohl allzu begrenzt, um, will er der kulturellen Errungenschaften angemessen teilhaftig werden, für eine zahlreiche Nachkommenschaft aufkommen zu können und ihr ebenfalls ein nach heutigen Begriffen menschenwürdiges Dasein sichern zu vermögen. Die unsichere Existenz, das Gespenst der Rationalisierung und Arbeitslosigkeit halten den Unselbständigerwerbenden vielfach schon vor der Eheschließung und vielmehr noch vor der Zeugung mehrerer Kinder zurück.

Nach Kenntnis all dieser Tatsachen werden wir endlich vor die Frage gestellt: Kann die sozialistische Bewegung die prinzipielle, systematische Geburtenbeschränkung befürworten? Noch heute stellen sich große sozialistische Kreise in ihrem Denken und Handeln, vielfach ohne durch ihre soziale Stellung wirklich dazu gezwungen zu sein, in bejahendem Sinne zu dieser Frage. Ihnen seien die folgenden, schon alten und immer wieder sich bewahrheitenden Worte August Bebels in Erinnerung gerufen:

„Die Furcht vor Uebervölkerung tritt stets in Perioden auf, in denen der bestehende Sozialzustand im Verfall begriffen ist. Die allgemeine Unzufriedenheit, die dann entsteht, glaubt man in erster Linie dem Ueberfluß an Menschen und dem Mangel an Lebensmitteln und nicht der Art, wie sie gewonnen und verteilt werden, zuschreiben zu müssen."

Diese Worte beantworten obige Frage und geben uns zugleich Wegleitung und Richtlinien für unsere sozialistische Zukunftsarbeit. Nicht Geburtenbeschränkung, gleichbedeutend mit Lebensverneinung, wohl aber zielbewußtes Eingreifen und Mitbestimmen in den Gesetzen der Produktion, Umgestaltung der Profitwirtschaft in eine solche des Bedarfs, äußerste Steigerung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes zur Hebung der materiellen Existenz der Arbeiterklasse, sodann bewußte Zeugung und Fortpflanzung eines starken sozialistischen Geschlechts als wirksamstes Mittel und sicherster Weg zur Sicherung der Zukunft. Fern jeglicher Parteischablone, die Kinderzahl betreffend, und dem individuellen Wollen und Empfinden der Frau Rechnung tragend, die dabei die größte physische Arbeit leistet, liegt der Hauptwert des bewußten Zeugungswollens darin, unserer Kulturbewegung zu dienen und schon bei der Entstehung des Menschen in diesem Sinne und Glauben zu wirken.

Diesen Weg beschreiten, heißt ihn organisieren müssen und vor allem Mutter und Kind starken gesetzlichen Schutz zu schaffen. Wir müssen zur Gründung und zum Ausbau von Eheberatungsstellen schreiten. Im weitern sprechen bezügliche Erfahrungen in Deutschland und Oesterreich auf dem Gebiete der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge für die Schaffung von Entbindungsanstalten und Säuglingsheimen, die der Arbeiterfrau die schwere Zeit der Geburt wesentlich erleichtern und unter ärztlicher Leitung bei erstklassigen klinischen Einrichtungen für die bedeutende Verminderung der Säuglingssterblichkeit bürgen. Sie ermöglicht ferner, die physische Entwicklung des Kindes von der ersten Stunde an in richtige Bahnen zu lenken, was sich auf Jahre hinaus in gesundheitlicher Beziehung auswirkt und den Arbeitereltern manche spätere Sorgenstunde erspart. Es wäre darauf zu achten, solche Anstalten nicht nur zu „Asylen", sondern auch zu Erziehungsheimen für junge Mütter in hygienischer und ethischer Beziehung zu gestalten und namentlich auch auf unerfahrene, verachtete und ausgestoßene uneheliche Mütter einen heilvollen Einfluß auszuüben.

Wie schon eingangs erwähnt, hat der gesetzliche Schutz der erwerbstätigen Mutter in Deutschland — wo bleibt die Schweiz? — eine große Förderung erfahren.

Der vielumstrittene Schutz der Ungeborenen beschäftigt heute wiederum die schweizerischen Gesetzgeber. Die katholische „Schweiz. Rundschau" nimmt hierzu Stellung in ihrem Oktoberheft und brüstet sich mit der „Heiligkeit und Unverletzlichkeit" des werdenden menschlichen Lebens im Mutterschoß. Schon gut! — aber wo bleiben diese Herren, wenn der menschenmordende Militarismus die „Heiligkeit und Unverletzlichkeit" des

Lebens mit Füßen tritt? Stehen die vom Priester gesegneten Bajonette auch im Dienste der „Unverletzlichkeit"? Oder kommt die Verteidigung des Besitzes doch vor der „Heiligkeit" des Lebens?

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle eingehend Stellung zu nehmen zur gesamten vielgliedrigen Fürsorgearbeit, zu welcher wir uns gleichzeitig mit der Bejahung des Zeugungswillens verpflichten. Der Zweck dieser Zeilen ist erfüllt, die Frage endlich einmal in der schweizerischen Arbeiterbewegung zur Diskussion gestellt und in dem Chaos von Meinungsverschiedenheiten die sozialistische Linie, die aus dem Wirrwarr herausführt, aufgezeigt zu haben.

Die Planwirtschaft in der Sowjetunion.

Von Olga Domanewskaja.

Die russischen Kommunisten erblicken eines der charakteristischsten Merkmale des Sowjetsystems in der Möglichkeit einer Verwirklichung organisierter Planwirtschaft.

Diese „Planwirtschaft" veränderte indes ihren Inhalt mit den Wandlungen, die die Wirtschaftspolitik des Sowjetstaates durchmachte. In der Periode des Kriegskommunismus wurde der Versuch einer durchgängigen planwirtschaftlichen Organisation unternommen, der bei allgemeinem Rückgang der Produktion sich im wesentlichen auf die planwirtschaftliche Regelung der Warenbeschaffung und Warenverteilung konzentrierte. Die Unzulänglichkeit dieses Systems, das mit den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes im Widerspruch stand, brachte die Sowjetregierung zum Zusammenprall mit einer Welle von Bauernaufständen und mit der Erhebung von Kronstadt, und die Bolschewiki sahen sich 1921 gezwungen, auf dieses System endgültig zu verzichten.

Mit dem Uebergang zur Neuen Wirtschaftspolitik wird die Struktur der russischen Wirtschaftsorganisation sehr viel komplizierter. Neben dem vergesellschafteten „Sektor" der staatlichen und genossenschaftlichen Wirtschaft besteht der privatwirtschaftliche Sektor. Als Eigentümer einer gewaltigen wirtschaftlichen Organisation muß der Sowjetstaat naturgemäß bestrebt sein, in diese Organisation eine bestimmte Ordnung hineinzutragen und ihr Funktionieren auf der Basis eines bestimmten Wirtschaftsplanes zu organisieren. Und diese planwirtschaftliche Regelung muß der Staat vornehmen, eingekreist von den elementaren Gewalten der Privatwirtschaft, der Bauernwirtschaft im Inland, der großkapitalistischen Wirtschaft in der ihn umgebenden Außenwelt.

In dem Versuch, eine organisierte, planmäßig geleitete Wirtschaft im Rahmen des gesamten volkswirtschaftlichen Organismus aufzubauen, verrichtet der Sowjetstaat eine Pionierarbeit, die keinerlei Präzedenzfälle kennt: weder in der Wirtschaftsgeschichte der vergangenen Epochen noch in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Struktur des kapitalistischen Westens. Das kapitalistische System liefert mehr oder minder vollkommene